

# Brasilien Aktuell 2024

## Was wurde bis jetzt erreicht?



**Mindestloohnerhöhung von 1320  
(241 E) auf 1412 Reais (259 E)**

**Gleiches Geld für gleiche Arbeit  
für Männer und Frauen)**



**„Bolsa Família“  
Hilfe für arme Familien**



**„Minha Casa, minha vida“  
Sozialer Wohnungsbau**

**Arbeitskreis im letzten Jahr / Ein Jahr Lula 3 / Neues aus den  
Fabriken von BASF und Daimler-Truck / Bolsonarismus /  
Kampf für Demokratie / G 20 in Brasilien / Brasilien und  
Palästina / Dürre im Amazonas / Sklavenhandel / Brumadinho /  
Wohnungslosenbewegung / Grüner Wasserstoff aus Brasilien  
/ Pestizide**

**Redaktionsschluss 12.04.2024**

**Arbeitskreis „Solidarität mit brasilianischen Gewerkschaften“  
im DGB, Region Nordbaden, Mannheim**

# Was hat der Arbeitskreis im letzten Jahr gemacht?

## Zusammensetzung und Versammlungen

Die Mitglieder sind aktuelle und ehemalige MitarbeiterInnen von Daimler Truck in Mannheim und Wörth, und auch von der BASF Ludwigshafen. Dazu kommen Brasilianerinnen, die in Mannheim leben, und sonstige mit Brasilien Verbündete. Die etwa monatlichen Versammlungen fanden in den Wohnungen von Mitgliedern statt, gelegentlich auch digital.

**Kontakte mit Brasilien.** Ein laufender Austausch via E-Mail und Facebook sowie die tägliche Lektüre von Veröffentlichungen auf den Web-Seiten der Gewerkschaften und von sonstigen Organisationen machten es möglich, die aktuelle Entwicklung in Brasilien zu verfolgen. Auch „america 21“ hat uns dabei geholfen.

**Besuche und Veranstaltungen: Ende Juni machte Maicon**, ein führender Vertreter der Metallgewerkschaft in Brasilien, einen Zwischenstopp auf seiner Reise zur Jahresversammlung der Delegierten von Daimler – Truck in Mannheim. Bei der Gelegenheit konnte er eine Besichtigung der BASF machen und auch eine intensive Begegnung im Motorenwerk von Daimler Truck in Mannheim durchführen. Am Abend konnte er vor etwa 15 ZuhörerInnen im Gewerkschaftshaus in Mannheim die aktuelle Entwicklung in Brasilien unter der neuen Regierung darlegen.

**Derselbe Maicon** kam **Ende Oktober** nach der Teilnahme am großen Gewerkschafts-Kongress der IGMetall in Frankfurt für einen Kurzbesuch nach Mannheim. Hier konnte er diesmal den Omnibusbau unter die Lupe nehmen und mit den Beschäftigten interessante Gespräche führen. Zum Abendessen traf er sich mit einigen Mitgliedern des Arbeitskreises in einem hiesigen Restaurant.

**Im Februar dieses Jahres legte Thomas Schmidt aus Frankfurt** vor rund 30 ZuhörerInnen die Entwicklung der politischen Situation in Brasilien dar. „LULA PRESIDENTE“. Erfolge,

Enttäuschungen, Widersprüche. Wie geht es weiter in Amazonien?“ So hieß der Titel der Veranstaltung.

**Der Arbeitskreis bei der BUGA 23.** Wie in der Broschüre des letzten Jahres schon angekündigt, war der Arbeitskreis stark engagiert bei der BUGA 23, und zwar in Zusammenarbeit mit dem vom „Eine Welt Forum“ eingerichteten „Weltacker“. Hier wurde die Problematik der Welternährung dargelegt und das fand ein großes Interesse bei den Buga-Besuchern. Mit vielen Schulklassen wurde über diese Frage diskutiert. Mitglieder des AK leisteten Informations- und Diskussionsbeiträge. Und in drei Veranstaltungen mit João Campos, einem ehemaligen Mitarbeiter der Landlosenbewegung MST, mit Wolfgang Hees, einem Biobauern aus Eichstätt, und Antonio Andreoli, einem Soziologen aus Brasilien, wurde die Thematik vertieft.



*Versammlung mit einem Impuls aus der MST*

**Zusammenarbeit mit anderen Gruppen.** Mitglieder des AK nahmen an den Jahresversammlungen der „Amigos do MST“ und von KOBRA teil. Die intensive Zusammenarbeit mit dem „Einen Welt Forum“ ging unvermindert weiter. Auch wurden die Aktivitäten von Fridays For Future unterstützt. Dabei wurde der Akzent auf den Kampf gegen den Regenwaldabbau in Amazonien gelegt.

Druck: Sonnendruck GmbH, Wiesloch  
Nach ökologischen Werten gedruckt

**Kontaktadressen:** Angela HIDDING, Langstr.11 -13,  
68169 MANNHEIM Tel 0621 35 973; E-Mail: [HiStaMa@t-online.de](mailto:HiStaMa@t-online.de)  
Fritz HOFMANN, Sedanstr. 22, 67063 LUDWIGSHAFEN  
0621 69 98 61, email: [F.Hofmann-Lu@t.online.de](mailto:F.Hofmann-Lu@t.online.de)



# Brasilien unter Lula 3: Zwischen Fortschritt und Kompromiss

**Andreas Behn**

In Brasilien geht es wieder bergauf. Präsident Luiz Inácio Lula da Silva, der vor gut 15 Monaten seine dritte Amtszeit begann, hat den Rechtsstaat wiederhergestellt und Sozialpolitik erneut auf die Tagesordnung gesetzt. Zudem verkündete er eine ambitionierte Umwelt- und Klimapolitik. Die eindeutige Kehrtwende nach vier Jahren unter dem rechtsextremen Jair Bolsonaro sorgt auch bei den Gewerkschaften für Erleichterung. „Die Demokratie ist zurück, und Dialog ist wieder möglich,“ fasst Fernando Lopes, langjähriger Aktivist im Dachverband der Metallgewerkschaften CNM (Confederação Nacional dos Metalúrgicos) und bei IndustriALL, die Ausgangslage im Jahr 2024 zusammen.



*Nie mehr Diktatur!*

Die positive Bilanz nach dem knappen Wahlsieg über Bolsonaro im Oktober 2022 darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Machtkonstellation heute deutlich komplizierter ist als vor gut 20 Jahren – damals übernahm Lulas Arbeiterpartei PT erstmals die Regierungsgeschäfte in der südamerikanischen Regionalmacht und wurde weltweit wegen seiner erfolgreichen Armutsbekämpfung gepriesen. Lopes weist darauf hin, dass Lula weder im Parlament noch im Senat eine Mehrheit hat. Um eine handlungsfähige Regierung zu bilden, musste er auch rechte Minister\*innen in sein Kabinett aufnehmen und immer wieder schmerzhaften Kompromissen zustimmen. Vor allem die einflussreiche Lobby der industriellen Landwirtschaft verhindert eine konsequente fortschrittliche Sozial- und Umweltpolitik. Hinzu kommt, dass die rechtsextreme Basis von Bolsonaro nach wie vor intakt ist und im Gegensatz zur Linken auch die Straße weiterhin dominiert, sagt Lopes: „Die Rechte, der Faschismus, hat zwar die

Wahlen verloren, aber nicht ihre Mobilisierungskraft.“ Über die sozialen Medien und die gut vernetzten evangelikalen Kirchen sei dieses rechtsextreme Spektrum eine ständige Bedrohung, warnt der Metallarbeiter, der beim Stahlkocher Gerdau als Ingenieur beschäftigt ist.

Um Brasilien sozial, wirtschaftlich und ökologisch nach den Zerstörungen unter Bolsonaro wieder auf die Beine zu stellen, braucht die PT-Regierung also aktive Unterstützung und Mobilisierung von ihrer Basis. Soziale Bewegungen und Gewerkschaften sind sich darin – bislang – einig: Sie geben Lula den notwendigen Rückhalt und halten sich mit ihrer Kritik an den vielen Kompromissen zurück, um zu verhindern, dass die extreme Rechte von einem innerlinken Streit profitiert. Es ist allerdings ein brüchiges Bündnis, da die politischen Kräfte der Mitte und des traditionellen rechten Unternehmensspektrums insbesondere bei Dogmen der liberalen Wirtschaftspolitik kaum Kompromissbereitschaft zeigen.

Für die stets starken brasilianischen Gewerkschaften steht indes viel auf dem Spiel. Sie litten besonders unter dem rechten Rollback, der schon zwei Jahre vor Bolsonaros Amtsantritt mit dem parlamentarischen Putsch gegen Dilma Rousseff 2016 begann. Ihr Vizepräsident und Nachfolger Michel Temer setzte eine Arbeitsrechtsreform durch, die für die Arbeitenden zu großen Einbußen durch Flexibilisierung führte. Außerdem verloren Gewerkschaften rund 80 Prozent ihrer Finanzierung.

Dass die Regierung Lula auch im stark umkämpften Bereich Arbeitspolitik Erfolge verzeichnet, bescheinigt der kürzlich erschienene Gewerkschaftsmonitor der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Genannt wird die Erhöhung des Mindestlohnes sowie Maßnahmen gegen sklavereiähnliche Arbeitsverhältnisse. Der Bericht konstatiert aber auch eine hohe Fragmentierung der Gewerkschaftslandschaft und zitiert die laufenden Verhandlungen über ein neues Finanzierungsmodell für Gewerkschaften, die nicht richtig vorankommen. Zudem benennt die FES das Problem der seit Jahren bestehenden Deindustrialisierung, gegen das die PT noch kein Rezept gefunden hat.

# Sklavenarbeit in Brasilien

Im Jahr 2023 wurden in Brasilien 3 151 Arbeiterinnen und Arbeiter aus „sklavenarbeitsähnlichen Zwangsverhältnissen“ befreit – sprich: aus Sklaverei. Das ist die höchste Zahl befreiter Menschen seit 2009. Die meisten der befreiten Menschen waren im Bereich der Feldarbeit (besonders Kaffee und Zuckerrohr) tätig.

Artikel 149 des brasilianischen Gesetzbuches definiert sklavenarbeitsähnliche Zwangsverhältnisse eindeutig. Es muss zumindest eines der folgenden Kriterien erfüllt sein: (1) Zwangsarbeit (2) ein Arbeitspensum, das den Menschen überanstrengt (3) Lohnsklaverei / Schuldknechtschaft (4) menschenunwürdige Arbeitsbedingungen.



## Warum gibt es immer noch so viel Sklavenarbeit?

Hauptgrund dafür ist der hohe Profit, der sich so aus Menschen herauschlagen lässt. Sklavenarbeit findet oft in abgelegenen Gegenden statt und wird damit selten entdeckt. Viele Brasilianer wissen

auch gar nicht, was ein verbotenes Zwangsarbeitsverhältnis ist.

Ein weiterer wichtiger Grund ist die Straflosigkeit. Noch nie kam ein Verantwortlicher in Haft, sie werden nur zu geringen Strafzahlungen verurteilt.

Seit 2014 liegt im Kongress die Vorlage EC 81 zu einer Verfassungsänderung - und wird nicht verabschiedet. Damit könnte man nämlich Grundstücke und Immobilien enteignen, auf denen Sklavenarbeit gerichtlich nachgewiesen ist. Das verhindert aber bislang die mächtige Agrarlobby.

## Zu wenig Vor-Ort-Kontrollen

Die Zahl der Arbeitsinspektoren, die vor Ort Kontrollen durchführen, liegt auf dem niedrigsten Stand seit 30 Jahren. Dennoch konnten 2023 mehr Kontrollen durchgeführt werden. Derzeit gibt es 2000 Arbeitsinspektoren für ganz Brasilien. Das heißt im Umkehrschluss: es gibt noch viel mehr bislang nicht entdeckte sklavenarbeitsähnliche Zwangsverhältnisse.

In den Jahren unter den Präsidenten Temer und Bolsonaro wurde dieser Bereich sträflich vernachlässigt. Er soll jetzt erst wieder mit mehr Geld und mehr Personal eine höhere Priorität erhalten.

*(geschrieben unter Verwendung eines Artikels von Christian Russau im FDCL-Info vom 5.1.2024)*

## 2023: BASF in Sklavenarbeit verwickelt

Am 11. März 2023 wurden 85 Menschen auf 2 Reisfarmen aus sklavenähnlichen Arbeitsverhältnissen befreit, darunter 11 Minderjährige zwischen 14 und 17 Jahren. Die Reisfarmen liegen in Rio Grande do Sul bei der Stadt Uruguaiana nahe der argentinischen Grenze. Bei der Aktion kamen Vertreter der Bundespolizei, des Arbeitsministeriums und der Bundesstaatsanwaltschaft für Arbeitsfragen zum Einsatz.

Es stellte sich schnell heraus, dass auf diesen Reisfarmen im Auftrag der BASF Reis-Saatgut vermehrt wurde. Zum Verkauf eines solchen Saatguts muss der Reis frei von Fremdkörpern, z.B. Unkrautsamen sein. Nicht erwünschte Pflanzen müssen manuell ausgehackt werden. Dazu mussten die Beschäftigten ihr eigenes Arbeitsgerät und Arbeitskleidung mitbringen. Pestizide wurden ohne genügende Schutzkleidung und auch von Minderjährigen ausgebracht. Die Unterbringung der Menschen war erbärmlich und unhygienisch. Ebenso die Ernährung. Lebensmittel verdarben im Laufe des Tages in der Hitze oder wurden von Ameisen gefressen. Wer im Laufe des Tages in der Hitze in Ohnmacht fiel, bekam für diese Zeit keinen Lohn. Die Anstellung erfolgte ohne Papiere („Schwarzarbeit“).

Die BASF war nicht lediglich der Abnehmer des produzierten Saatguts, sondern war laut Ministerium „tatsächlicher Arbeitgeber“, weil die BASF „die absolute Kontrolle und das Manage-

ment über alles... einschließlich der Ausbildung und des Einsatzes... der Arbeiter hatte.“

Der Skandal erregte in den brasilianischen Medien sofort großes Aufsehen. Unter diesem öffentlichen Druck beschloss die BASF schnell, eine außergerichtliche Einigung zu suchen und sich nicht mit juristischen Spitzfindigkeiten abzugeben. Die BASF bezahlte den Arbeitern eine Entschädigung, der Vertrag mit einer der Farmen wurde gekündigt, der anderen werden strenge Auflagen gemacht.



Symbolbild Reiskörner

Auch wenn Konzerne viel über Auflagen, Vorschriften und Bürokratie klagen, weil dies angeblich Investitionen behindern würde – die kapitalistische Wirklichkeit zeigt immer wieder, dass Vertrauen vielleicht gut, aber Kontrolle besser ist.

*(geschrieben unter Verwendung eines Artikels von Ch. Russau im FDCL-Info vom 5.1.2024)*

## Massives Bienensterben - Vorwürfe gegen BASF

Das BASF-Produkt Fipronil wird für ein alarmierendes Bienensterben in Brasilien verantwortlich gemacht. 100 Millionen tote Bienen in Mato Grosso, 80 Millionen in Bahia im Juli 2023. 1500 tote Bienenvölker in Bahia heißt es an anderer Stelle.

Verschiedene Imker protestierten bereits vor dem Parlament in Brasilia und fordern ein Verbot von Fipronil. Die Chemikalie wird eingesetzt gegen Schädlinge beim Anbau von Baumwolle, Mais und Soja. Je nach aufgenommener Menge führt Fipronil zu einem langsamen oder schnellen Tod von Bienen.

Der Hersteller BASF antwortet auf diese Vorwürfe: man müsse eben beim Einsatz von Fipronil alle Vorschriften und Regeln und die richtige Dosierung beachten. Dann gebe es auch keine Probleme. Eine leichtfertige Schuldzuweisung!

*Quelle: Diario de Goiás, 15.01.2024*



# Brasilien ist Weltmeister im Verbrauch von Pestiziden!

Brasilien verbraucht auf seinen Feldern mehr Pestizide als China und USA zusammen. Dies stellt eine UNO-Unterorganisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) für das Jahr 2021 fest.

Pro Kopf der Bevölkerung verbraucht Brasilien 3,31 kg Pestizide, die USA 1,36 kg und China 0,17 kg. Dabei ist der Import von Pestiziden



nach Brasilien in den letzten Jahren steil angestiegen: 2022 betrug er 283 000 Tonnen.

Ursache ist das brasilianische Agrarmodell: eine monokulturelle, industrialisierte Großlandwirtschaft, die vor allem exportorientiert ist. Soja und Fleisch gehen in riesigen Mengen in den Export.

Die Hoffnung, gentechnisch verändertes Soja brauche weniger Dünger und Gift ist nicht in Erfüllung gegangen. Das Gegenteil ist eingetreten.

Von den 10 meistverkauften Pestiziden in Brasilien sind fünf in Europa nicht zugelassen. Alle zwei Tage stirbt in Brasilien ein Mensch aufgrund einer Vergiftung mit Pestiziden. Über Gesundheitsschäden von Verbrauchern dieser Produkte, zum Beispiel in Europa, gibt es keine Erhebung.

Quelle: Brasil de Fato, 5.02.2024.

## Zugespitzter Konflikt im BASF-Werk

Im Februar dieses Jahres verkündete die BASF im Werk Demarchi (São Bernardo de Campo) einseitig und ohne Einbeziehung der Belegschaft oder ihrer Gewerkschaft, die Herstellung von Autolacken in diesem Werk einzustellen. 150 Arbeitsplätze sollen dabei abgebaut werden.

Die Belegschaft leistet Widerstand gegen diese Abbaupläne. Sie wollen den Erhalt aller Arbeitsplätze. Auf einer Versammlung der Belegschaft erklärten sie auch ihre Bereitschaft, dafür die Arbeit niederzulegen.

Die Gewerkschaft Sindicato dos Químicos do ABC setzt alles in Bewegung, um die Arbeitsplätze zu retten. Eine Studie von DIEESE, dem wirtschaftswissenschaftlichen Institut des Gewerkschaftsverbandes, prognostizierte anhand von Investitionsplänen der Autoindustrie einen steigenden Bedarf an Lacken. Ein wichtiges Argument für die Beschäftigten.

Inzwischen hat die Gewerkschaft politische Vertreter eingeschaltet, von denen sie sich Unterstützung verspricht. Das Ministerium für Entwicklung, Industrie und Handel sowie das Ministerium für Arbeit und Beschäftigung sind einbezogen. Mit Arbeitsminister Luiz Marinho gab es bereits ein gemeinsames Treffen.

Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe gab es noch keine Arbeitsniederlegung. Aber es wurden auch noch keine Verhandlungen aufgenommen. Auch beim Konflikt wegen der für neueingestellte Beschäftigte einseitig abgeschafften Gefahrenzulage gibt es noch keine Lösung.

Nicht zu übersehen ist, wie BASF rücksichtslos zum alten „Herr-im-Hause- Standpunkt“ zurückwill.

# Die Künstliche Intelligenz in den Fabriken

## z.B. bei Daimler-Truck in Sao Bernardo

Im März dieses Jahres fand in Brasilien in Zusammenarbeit mit der dortigen Metallgewerkschaft eine Konferenz zu diesem Thema statt... Dazu war auch eingeladen ein Sekretär der IGMetall.



**Moritz Niehaus**, Leiter Industrie- und Branchenpolitik bei der Deutschen Gewerkschaft und zugleich Forscher an der Hans-Böckler-Stiftung (FHB), zeigte, wie mit dem Aufkommen der sogenannten Industrie 4.0 und der Digitalisierung der jüngste Prozess der Verbesserung neuer Technologien von Produktionsabläufen begann. Anschließend erläuterte Moritz Beispiele dafür, wie der technologische Fortschritt in Fabriken stattfand, bis hin zum derzeit am meisten diskutierten Technologiemo- dell, der künstlichen Intelligenz. Der deutsche Gewerkschafter, der nach Brasilien kam und die CNM/CUT-Zentrale und das Mercedes-Benz-Werk in São Bernardo do Campo (SP) besuchte, erklärte, dass die IG Metall Betriebsräte für den Einsatz neuer Technologien in deutschen Fabriken qualifiziert. Er schätzte, dass Fortschritte Arbeitsplätze

kosten könnten, der Bedarf an mehr Wissen jedoch die Entstehung anderer Arten von Arbeitsplätzen begünstigen könnte. „Am Ende des Prozesses könnten wir ungefähr die gleiche Anzahl verlorener und offener Arbeitsplätze haben. Eine Fabrik kann schließen, während gleichzeitig eine andere eröffnet. Für die betroffenen Menschen wird es eine schwierige Veränderung sein“, sagte er in einem Interview mit Rede TVT.

In einem Interview mit Rede TVT feierte der Sekretär für Verwaltung und Finanzen von CNM/CUT, **Tiago Almeida do Nascimento**, den Austausch mit dem Vorsitzenden der IG Metall. Er begleitete Moritz beim Besuch im Mercedes-Benz-Werk. „Dieser Austausch ermöglicht es uns, ein wenig über die Realität Europas und in diesem Fall Deutschlands zu lernen und auch Außenstehenden zu zeigen, wie wir arbeiten und wie wir über diese technologischen Veränderungen an unserem Arbeitsplatz denken.“ „Künstliche Intelligenz hat in Brasilien noch nicht wirklich begonnen, es ist ein Prozess, der noch in den Kinderschuhen steckt, aber er bereitet uns große Sorgen. Wir werden also dafür kämpfen, dass die Produktionsgewinne, die neue Technologien bieten, auch für die Arbeitnehmer zum Vorteil werden“, schloss er.

# Wer sind die Anhänger von Bolsonaro?

von Namir Martins

Schon im Jahr 2017 veröffentlichte das Institut Datafolha eine Umfrage, die ergab, dass 60 % der Wahlberechtigten, die Bolsonaro wählen würden, zwischen 16 und 34 Jahre alt sind.

Bolsonaros jüngere Anhänger wollen eine Schule ohne Diskussionen über Politik haben und vertreten konservative Themen.

Sie glauben, dass sie die Verteidiger der Moral, der Familie und der guten Sitten sind. Jeder, der nicht in dieses Weltbild passt, ist ein Verbrecher. Bolsonaro's Anhänger kommen aus allen Schichten.



8.1.23 Sturm auf die Regierungsgebäude

Für Bolsonaro's Anhänger bedeutet Meinungsfreiheit, sich rassistisch, fremdenfeindlich oder homophob äußern zu dürfen. In Brasilien gibt es zurzeit drei Gruppen von Menschen, die sich als Konservative beschreiben: Die erste Gruppe ist die der überzeugten Bolsonaro'stas. Sie akzeptieren das Wahlergebnis nicht und rufen nach einem Militärputsch. Sie glauben an einen heiligen Krieg in der Politik und argumentieren für ihre Sache mit einer sehr hohen Dosis an Aggressivität. Diese Gruppe verbreitet mit großem Eifer Fake News und glaubt an Verschwörungstheorien.

Die zweite Gruppe ist die, die in Jair Bolsonaro die einzige Möglichkeit sah, den Aufstieg von Luiz Inácio Lula da Silva zu

stoppen. Sie sind vor allem gegen die Arbeiterpartei (PT). Aber vor allem sind sie pragmatisch. Sie leben ihr Leben nach der Wahl weiter, ohne mit ihrer Kritik aufzuhören, wenn sie die Nachrichten über die Regierung Lula lesen. Schließlich gibt es noch die konservative Gruppe, die aber gegen Bolsonaro ist. Das sind Menschen, die eine konservative Agenda verfolgen, aber Bolsonaro mit seinem Stil und seiner Sprache nicht ausstehen können. Untersuchungen zeigen, dass Brasilien inzwischen mehr rechtsextreme Netzwerke hat als alle europäischen Länder zusammen. Anfang 2022 verzeichnete die Plattform „Antifaschistisches Europa“ mehr als 400 extremistische Organisationen auf dem Kontinent, während es in Brasilien bereits mehr als 530 rechtsextreme Zellen gibt, die sich auf den Süden und Südosten des Landes konzentrieren, wie eine von der NRO „Anti-Defamation League“ im selben Zeitraum durchgeführte Umfrage ergab.

Bolsonaro hat die Wahlen verloren, aber der Bolsonaro'smus hat an Stärke gewonnen. Brasilien ist heute ein geteiltes Land, und ein großer Teil dieser Polarisierung ist nicht ideologisch, sondern emotional, es geht darum, wie man sich gegenüber dem anderen fühlt. Die neue, extremistische Rechte verwendet die gleiche Hassbotschaft wie die traditionellen Rechte. Sie stellt sich selbst als homophob, frauenfeindlich und rassistisch dar. Der Bolsonaro'smus repräsentiert am stärksten die brasilianische Bourgeoisie. Er verfolgt ein Wirtschaftsprogramm der Entstaatlichung der Wirtschaft und der Radikalisierung des Neoliberalismus, um den Bänkern zu gefallen.

Wir werden weiter für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Brasilien kämpfen!



## Der Kampf für Demokratie

Ende März 1964 begann der Militärputsch in Brasilien. Es folgten bis 1985 Jahre der Militärregierung. Darum werden in diesen Tagen in ganz Brasilien viele Veranstaltungen zur Erinnerung an den Putsch durchgeführt. Und dabei wird auch an den Putschversuch vom 8. Januar 2023 gedacht. Auch am 8. Januar war die Demokratie heftig bedroht und sollte von den Putschisten abgeschafft werden. Eine neue Phase der Verteidigung der Demokratie hat begonnen.

So versammelten sich am 23. März in São Paulo und auch in anderen 22 Städten des Landes Tausende von Menschen auf der Straße, um für die Demokratie zu kämpfen. Soziale und Volksbewegungen, Gewerkschaften und politische Parteien hatten zu diesem Nationalen Mobilisierungstag zur Verteidigung der Demokratie aufgerufen

Hier einige Zitate aus einigen Reden:

**José Genoio**, ehemaliger Kongressabgeordneter und früherer Führer der Arbeiterpartei, der unter der Militärregierung auch im Gefängnis gesessen hatte, sagte: „Unsere Demokratie steht an einem Scheideweg. Wir müssen die Erinnerung an die Geschehnisse von 1964, 2016 und 2023 zurückholen. Das sind Daten, die miteinander verbunden sind. Es ist wichtig, dass der Kampf für die Demokratie fortgesetzt wird und den neuen Generationen klargemacht wird, was mit dem Land passiert ist und was nicht passieren darf.“

**Jandyra Uehara**, Sekretärin für Sozialpolitik und Menschenrechte bei der CUT: „Wir sind für demokratische Freiheit auf der Straße und sagen: Nie wieder Diktatur und immer Demokratie. Und Bestrafung für die Betrüger. Das ist unser Akt des Widerstandes, des Kampfes.“

**Gilmar Mauro**, Nationaler Koordinator der Landlosenbewegung MST, in Erinnerung an 1964: „Die herrschenden Klassen haben mit dem Militär einen Putsch im Land inszeniert. Diejenigen, die den Putsch unterstützten, waren die Latifundien-Besitzer von gestern. Jetzt, am 8. Januar 2023 war es wieder die Agrarindustrie, also die Latifundien-Besitzer von gestern“.



**Cibele Vieira**, der Koordinator der Gewerkschaft der Erdölarbeiter von São Paulo bekräftigte, dass die Arbeiterklasse nur mit Demokratie vorankommen könne. „Nur durch die Beteiligung der Bevölkerung sind wir in der Lage, uns kollektiv zu organisieren, um für unsere Rechte zu kämpfen“.

**Raimundo Suzart**, der Vorsitzende der CUT von São Paulo, bekräftigt, dass Demokratie nur mit organisierten sozialen und gewerkschaftlichen Bewegungen existiert, die die Rechte der Arbeiter einfordern können, und dass es daher notwendig ist, diejenigen zu wählen, die die Arbeiter verteidigen.

Die vielen Aktionen für die Demokratie in Brasilien weisen natürlich auch auf die Bewegung in Deutschland hin, wo wir seit Januar dieses Jahres unzählige Demonstrationen in großen und kleinen Städten mit Millionen Menschen erleben. Danach bildeten sich viele örtliche Gruppierungen.

# Lula herausgefordert: Die G 20 Präsidentschaft Brasiliens 2024

## Luiz Ramalho



Alle seine Fähigkeiten und Kompetenzen werden dem brasilianischen Präsidenten Lula da Silva abverlangt werden: er ist als Metallarbeiter, Gewerkschafts- und Parteigründer und nun zum dritten Mal Präsident Brasiliens dafür bekannt, dass er in Konflikten vermitteln kann.

Kompromisse zugunsten der Armen und Ärmsten, auch zugunsten der Arbeiterklasse kann er schließen und er scheut sich nicht, in Fragen der sozialen Gerechtigkeit hart zu bleiben. Nun hat Brasilien die rotierende Präsidentschaft der Gruppe der 20, der G 20 für 2024 übernommen.

Die G20 ist der einzige Club, in dem Entwicklungsländer, Industrieländer und aufstrebende Schwellenländer gleichberechtigt an einem Tisch sitzen und diskutieren. Sie können die Agenda setzen und sich zu Handlungen verpflichten. In der aktuellen geopolitischen Spannung dienen die G20 vor allem dazu, Verständnis füreinander zu fördern, Konflikte zu entschärfen und konstruktiv zu kommunizieren. Dies ist besonders wichtig angesichts des Versagens der Vereinten Nationen, insbesondere des Weltsicherheitsrats. Die brasilianische Regierung wird für die Organisation des Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs sowie der G20-Ministertreffen im Jahr 2024 verantwortlich sein. Die Präsidentschaft hat grundsätzlich die Aufgabe, die vorrangigen Themen für Arbeitsgruppen, Task Forces und Initiativen festzulegen. Bei seinem Besuch in Dezember in Berlin sagte Lula dazu: „Deutschland ist das erste Land der G20, das ich besuche, nachdem ich die Präsidentschaft der Gruppe übernommen habe. Ich habe nochmals auf die Prioritäten meiner Präsidentschaft hingewiesen. Wir wollen gegen Ungleichheit, gegen Armut, gegen Hunger, gegen den Klimawandel vorgehen, und wir wollen über eine Reform der Strukturen der Global Governance diskutieren“ (gemeint ist damit insbesondere der UN-Sicherheitsrat). Brasilien übernimmt die G20-Präsidentschaft zu einer Zeit der Konfrontation. Der russische Angriffskrieg (den Brasilien verurteilt), die Terroraktion der Hamas im Oktober (die die brasilianische Diplomatie ebenfalls verurteilt),

auch die menschenverachtenden, militärischen Aktionen Israels im Gaza-Streifen wurden von Lula scharf kritisiert (die israelische Regierung hat ihn dafür zur persona non grata erklärt), all das wird bei den G 20 Verhandlungen eine wichtige Rolle spielen.

Wie wird es Brasilien gelingen, angesichts dieser Zuspitzung zwischen den Industrieländern der G 7 und den Ländern des BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika, Äthiopien, Ägypten, Iran und VAE=Vereinigte Arabische Emirate) Kompromisse und Minimalverabredungen zu erreichen? Der G 20-Prozess wird von Arbeitsgruppen, sogenannten Engagementsgruppen begleitet, Zivilgesellschaft aber auch Gewerkschaften bereiten Stellungnahmen für die Regierungsverhandlungen vor. Im Fall der Gewerkschaften (Labour 20) wurde der Diskussionsprozess am 26.3. in Sao Paulo gestartet und wird im Juli in Fortaleza im Nordosten Brasiliens abgeschlossen und die Ergebnisse und Forderungen werden dann den Arbeitsministern der G 20 vorgestellt. Themen sind

- ♣ menschenwürdige Arbeit, insbesondere in Lieferketten; und der Transformation der Arbeit;
- ♣ Bekämpfung der Einkommensungleichheit durch Mindestlöhne und Tarifverhandlungen;
- ♣ Schließung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles zusammen mit Maßnahmen zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen; Förderung von Steuertransparenz und Rechenschaftspflicht;
- ♣ politische Koordinierung, um einen gerechten Übergang zu einer CO2-neutralen Wirtschaft und der digitalen Transformation zu erreichen;
  - ♣ Schutz der Arbeitsrechte von Migranten; und Verwirklichung der Agenda 2030.

Im November 2024 tagen die Regierungschefs der G 20 in Rio de Janeiro. Lula bestand darauf, dass vor diesem Treffen auch ein Weltsozialgipfel stattfindet, wo Gewerkschaften, Zivilgesellschaft und Frauengruppen ihr Anliegen präsentieren können. Wird Lula ein Vermittlungskunststück zugunsten der Armen und der Demokratisierung der internationalen Beziehungen gelingen?

## Brasilien und Palästina

Seit Beginn des Nahostkrieges hat sich die brasilianische Regierung neben der Verurteilung der mörderischen Überfälle auf Israel auch immer gegen die Gegenoffensive Israels auf den Gazastreifen ausgesprochen. Präsident Lula hat ganz deutliche Worte gefunden, die ihn in israelischen Kreisen sehr in Misskredit brachten; er hatte die Angriffe Israels im Gazastreifen mit dem Holocaust verglichen.

Mitte Oktober führte er ein Telefongespräch mit Israels Staatspräsidenten Isaac Herzog, indem er ihm u.a. sagte, „es könne nicht sein, dass unschuldige Menschen dem Wahnsinn derer zum Opfer fallen, die den Krieg wollen“. Und an den UN-Generalsekretär Gustavo Guterres und die internationale Gemeinschaft appellierte er, „gemeinsam und dringend alle Hebel in Bewegung zu setzen, um der schwersten Verletzung der Menschenrechte im Nahostkonflikt ein Ende zu setzen“.

Nicht nur die Regierung hat sich zugunsten des palästinensischen Volkes geäußert, es ist die Grundstimmung der Bevölkerung in Brasilien aber auch in den meisten Ländern Lateinamerikas. Im Folgenden zwei Beispiele.

**Die CUT – Gewerkschaft** fordert in einer veröffentlichten Resolution ein Ende der militärischen Zusammenarbeit Brasiliens mit Israel. In dem Text heißt es u.a: „Die CUT äußert sich im Namen ihrer Mitgliedsgewerkschaften, die sich auf ihrem außerordentlichen Nationalkongress am 1. März 2024 versammelt haben, erneut nachdrücklich angesichts der brutalen und feigen militärischen Angriffe Israels auf das palästinensische Volk. Der Akt des Abfeuerns von Schusswaffen auf hungernde Zivilisten, die auf Lastwagen warteten, um Lebensmittel zu liefern, wobei 100 Menschen getötet und 750 weitere verletzt wurden, sollte, zusammen mit so vielen anderen von Israel begangenen Kriegsverbrechen, die bereits unwiderlegbaren Beweise dafür untermauern, dass

wir es mit einem Völkermord am palästinensischen Volk zu tun haben.

**Die Internationale Journalistenföderation** fördert in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Organisationen für Meinungsfreiheit aus der ganzen Welt den internationalen Tag der Solidarität mit palästinensischen Presse-schaffenden seit dem 7. Oktober anzuprangern. In Brasilien werden die Gewerkschaften dieser Kategorie in Juiz de Fora und in Sao Paulo Veranstaltungen abhalten.



Im Aufruf sagte die Präsidentin der Fenaj **Sa-mira de Castro**: „Dieses Massaker ist ebenso schrecklich wie beisspielslos. Es ist eine schreckliche und ungerechtfertigte Tragödie. Die Situation unserer Kollegen, die in Gaza arbeiten, ist kritisch geworden. Mitten im Winter fehlt es unseren Brüdern und Schwestern und ihren Familien an allem und vor allem an dem Nötigsten: Kleidung, Zelte, Lebensmittel, Wasser“ Und weiter: Am vergangenen Samstag (24.3.) versammelten sich Demonstranten mit Unterstützung der CUT SP und der Volksbewegungen auf der Avenida Paulista, um das palästinensische Volk zu unterstützen.

Und **die Landlosenbewegung MST** führte von Ende März bis Anfang April an vielen Orten im Rahmen des Nationalfeiertags „Palästina lebt, leistet Widerstand und wird frei sein“ ein Baumpflanzen mit dieser Symbolik durch..



# Regierung Lula und MTST: Zusammenspiel von Politik und Sozialbewegungen

## Wie geht es der Wohnungslosenbewegung MTST?

### Ein Bericht von Monika Ottermann

Ende 2022 hatten wir es knapp geschafft, Lula zu wählen und so Bolsonaro loszuwerden. So leben wir zwar seit 1. Januar 2023 in einer anderen Welt, erleben aber jeden Tag neu, wie mühsam auch diese Welt ist. Nicht nur, dass wir am 8. Januar 2023 gerade so an einem Putsch vorbeigeschrammt sind, dessen Hauptverantwortlicher, Bolsonaro, bis heute nicht hinter Gittern ist. Er ist zwar schon bis 2030 unwählbar, aber er hält das für pure Verfolgung und stachelt seine Anhänger weiterhin auf. Der Bolsonarismus ist also weiter eine Bedrohung, und dazu kommt, dass Lula im Kongress keine Mehrheit hat, und dass der Senat so reaktionär ist wie schon lange nicht mehr.



So wird ein Präsidialdekret zur Beschleunigung politischer Maßnahmen eher zum Startschuss für einen Marathon als für einen Sprint. Aber ohne das wäre es noch schlimmer, vor allem, nachdem die Regierungen Temer (2017-2018) und Bolsonaro (2019-2022) Brasilien und seine Sozialstruktur immer mehr verwüstet hatten. Zwei dieser Wüsten betreffen uns von der Wohnungslosenbewegung MTST besonders: Sozialer Wohnungsbau und Ernährungssicherheit. Seht also hier, was da die Regierung Lula bedeutet.

#### **Präsidialdekret zum sozialen Wohnungsbau: Neubelebung von „Mein Haus, Mein Leben“**

Eine der ersten Amtshandlungen Lulas war Anfang 2023 das Präsidialdekret zur Wiederaufnahme des Programms „Minha Casa

Minha Vida“, das er 2009 geschaffen hatte. Es war von Bolsonaro derart gestoppt worden, dass sogar schon in Planung oder Bau befindliche Sozialwohnungen liegengeblieben waren.

Solche Dekrete sind „Provisorische Maßnahmen“, die sofort Gesetzeskraft haben. Sie sind in dringlichen Situationen erlaubt, müssen aber innerhalb von 120 Tagen vom Kongress und Senat bestätigt werden, sonst verfallen sie. Das bedeutete zweierlei: in Brasília um Mehrheiten ringen, und bei Projekten, die MTST betrafen, rasch die Planungen wieder aufnehmen.

Beim Ringen um Details und die nötigen Mehrheiten, um aus dem Dekret ein reguläres Gesetz zu machen, waren öffentliche Anhörungen wichtig. Zum Beispiel organisierte Guilherme Boulos, langjähriger Nationalvorsitzender von MTST und seit 2023 Kongressabgeordneter, eine in Brasília und eine in São Paulo. Bei denen wimmelte es nur so von MTST-Mitgliedern, und die haben weitgehend ihre Scheu vor dem Mikrofon verloren. Vor allem wissen sie, dass sie keine hochtrabenden Worte brauchen, sondern dass da jemand vor ihnen sitzt, der ihre Situation und Sprache kennt und versteht. So entstand eine Gesetzesvorlage, die im Juni tatsächlich durchkam, und das Programm wurde sogar in verbesserter Form verabschiedet. Es ist auf jene Menschen zugeschnitten, die eine Sozialwohnung am meisten brauchen, und beinhaltet auch Details zu Standort und urbaner Infrastruktur, also zum umfassenden Zugang zu den Rechten, um die wir kämpfen.

Parallel dazu kümmerten sich die zuständigen MTST-Sektoren (Architektur, Verhandlung, Rechtsfragen) um Bauprojekte, die schon so weit waren, dass sie schnell wieder aufgenommen werden konnten. Eins davon war in São Paulo das Ergebnis der Besetzung *Copa do Povo*, „Cup des Volkes“, die während der WM 2014 entstanden war und das

brachliegende Grundstück vom Staat zugesprochen bekommen hatte. Und so gab es am 16. Dezember 2023 ein riesiges Fest: Vor Hunderten von MTST-Mitgliedern unterzeichnete Lula auf dem Gelände den Vertrag für den Bau von 2.650 Sozialwohnungen. Die werden von MTST-Mitgliedern nach einem bestimmten Schlüssel – Beteiligung an unseren Aktivitäten, persönliche Dringlichkeit usw. – mit hoher staatlicher Unterstützung, im Extremfall bis zu 100%, erworben und in 10 Jahren abbezahlt. In São Bernardo, ganz in der Nähe des VW-Werks und am Fuß eines riesigen Favelahügels, dem Montanhão, ist bald der nächste Baubeginn. Hier werden es „nur“ 280 Appartements, aber die Hauptsache ist, nichts von dem zu verlieren, was wir in 25 Jahren erkämpft haben.

### **Gesetz zur Ernährungssicherheit: Solidar-küchen und Lebensmittelkauf**

Was beim Wohnungsbau im Rekordtempo funktioniert hat, ging bei der Ernährungsnot leider nicht so schnell, weil sich hier im Alltag viele Gruppen der Zivilgesellschaft für Menschen engagieren, die kein Geld für regelmäßiges Essen haben. Dazu gehören auch die Solidarküchen von MTST, die in der Pandemie entstanden und heute auf 30 in ganz Brasilien

angewachsen sind. Sie bieten nicht nur die berühmte *eine* warme Mahlzeit am Tag, sondern „Nahrung für Leib und Seele“ – Begegnung, Bildung, Kultur, menschliche Wärme, Solidarität. Als Lula 2022 die MTST-Wohnanlage in Santo André besuchte, versprach er beim Mittagessen in der Solidarküche nebenan, auch dazu ein Sozialprogramm zu schaffen. So reichte Guilherme Boulos Anfang 2023 den Gesetzesentwurf „Programm Solidarküchen“ ein, der staatliche Unterstützung für solche Küchen vorsah und noch verbunden wurde mit der Neubelebung des von Bolsonaro eingeschläferten staatlichen „Programms zum Lebensmittelankauf“. Nach dessen Regeln kauft der Staat die Lebensmittel für Schulspeisungen und gemeinnützige Institutionen bald wieder bei Kooperativen und in der Familienlandwirtschaft ein.

Lula unterzeichnete das Gesetz schon im Juli, aber erst im März 2024 kam das Ausführungsdekret. Und das braucht leider noch eine Verordnung, bevor Organisationen der Landwirtschaft einerseits und „Suppenküchen“ andererseits davon profitieren können. So sind wir derzeit dabei, sowohl unsere Küchen am Laufen zu halten mit Spenden und ehrenamtlicher Arbeit, und daneben alles vorzubereiten, um sofort zu reagieren, wenn die Einschreibungen losgehen.

## **„Arbeitnehmer dürfen bei der Debatte über Technologie und Innovation nicht außen vorbleiben“**

Zu diesem Thema hatte das Sozialinstitut der Gewerkschaften (DIEESE) u. a. Arbeitervvertreter aus der ABC – Region eingeladen.

**Fausto Augusto Junior**, der technische Direktor von DIEESE, sagte dazu: „Die Arbeiterklasse ist direkt von den technischen Veränderungen betroffen“.

**Der Arbeitsminister Luis Marinho** erklärte sich so: „Wir haben sicherlich ein großes Zeitfenster in Brasilien, basierend auf unserem natürlichen Reichtum, der brasilianischen Intelligenz in Universitäten, Bundesinstituten, verschiedenen Akademien, in der Gegenwart unserer Wissenschaftler und der in brasilianischen Gewerkschaften angesammelten Intelligenz.“

Und Fausto von DIEESE fügte noch hinzu: Die Innovationsdebatte darf nicht in der Welt der Unternehmen und Universitäten bleiben. Er muss an den Arbeitsplätzen ankommen. In nächster Zeit sollen rund 130 Konferenzen dieser Art im Land stattfinden.



*Luis Marinho*

# Dürre im Regenwald

Das Amazonasbecken, das wasserreichste Gebiet der Erde, erlebt die schlimmste Trockenheit seit 120 Jahren. Fachleute sind alarmiert.

Das Amazonasbecken erstreckt sich über neun Bundesstaaten. Die Pegelstände der wichtigsten Flüsse sind so schnell gesunken wie nie zuvor. Als Folge treten gravierende Schäden für Pflanzen und Tiere auf. Es gibt riesige Probleme für die Versorgung von Siedlungen und Städten über die Wasserwege. Flussanrainer sind ohne Nahrungsgrundlage oder Einkommen. Der Bundesstaat Amazonas hat den Notstand ausgerufen. Etwa 600 000 Menschen sind betroffen.

## Ursachen

Ursache dieser Entwicklung ist die schnelle globale Erwärmung, die auch Brasilien heftig betrifft.



Verstärkend hinzu kommen die Folgen von Abholzung und Degradation des Regenwalds sowie das Wetterphänomen El Niño mit katastrophalen Folgen. Eine weitere Zunahme von Hitzewellen, Dürren, Waldbränden, Regenfällen und Überschwemmungen gilt als sicher.

## Maßnahmen

Ein Sechstel der ursprünglichen Fläche des Regenwalds ist abgeholzt oder empfindlich gestört. Der Regenwald nähert sich dem Kipp-Punkt. Also einem Punkt, an dem die Eingriffe so stark sind, dass sich der Regenwald nicht mehr regenerieren kann und sich in eine Savanne verwandelt.

Präsident Lula hat als Ziel eine Null-Entwaldung ausgegeben. Tatsächlich ist die Entwaldung in seinem ersten Regierungsjahr um 40% zurückgegangen. Aber von Null-Entwaldung ist man noch weit entfernt. Frühere Ziele und Pläne wurden wieder aufgegriffen. Aber im krassen Widerspruch dazu steht, dass die Regierung einschließlich Lula die Erdölgewinnung im Amazonas-Mündungsgebiet verteidigt und vorantreiben will. Die Förderung fossiler Energie in einem ökologisch sensiblen Gebiet – das ist ungefähr das Gegenteil dessen, was das Weltklima jetzt braucht.

# Brumadinho – neue Hoffnung?

Am 25. Januar 2019 brach nahe der Kleinstadt Brumadinho der Damm des Rückhaltebeckens eines Erzbergwerkes.

Die giftige Schlammlawine verursachte den Tod von 272 Menschen und eine Umweltkatastrophe.

Der TÜV Süd, dessen brasilianischer Ableger den Damm zertifiziert hatte, weist die juristische Verantwortung für den Dammbbruch zurück. Er deutet auf den Bergbaukonzern Vale, der bereits geringe Entschädigungen für einzelne Opfer gezahlt hat.

Die Prüfer des TÜV Süd hatten die Sicherheit des Damms bezweifelt, aber ihn am Ende doch zertifiziert. Deshalb läuft jetzt beim Landgericht München ein Mammutprozess gegen den TÜV Süd. Nach einer Klageerweiterung fordern inzwischen mehr als 1400 Kläger mehr als 582 Mio. Euro Schadenersatz. Mit einem Ende des Prozesses ist noch lange nicht zu rechnen. Derzeit wird ein Gutachten erstellt, ob das deutsche Landgericht brasilianisches Recht anwenden darf. Denn das wäre in diesem Fall für die Kläger günstiger.

Im Januar zum fünften Jahrestag der Katastrophe verlasen Angehörige und Überlebende die Namen der 272 Toten vor den Toren des TÜV in München. Ob ihre Hoffnungen auf eine angemessene Entschädigung wohl in Erfüllung gehen?





# Grüner Wasserstoff aus Brasilien

## Aus DIEESE von O Estado de S. Paulo vom 20.2.2024

Mit dem Ziel, seine Energiematrix zu bereinigen und die Versorgungsquellen zu diversifizieren, nachdem die Gaseinkäufe aus Russland – wegen des Krieges in der Ukraine - reduziert wurden, fördert Deutschland Projekte, Forschung und Veranstaltungen im Zusammenhang mit der Entwicklung von grünem Wasserstoff im Ausland, von denen Brasilien profitiert hat. Die ersten Anlagen für grünen Wasserstoff im Land wurden im August 2023 eingeweiht.

Es handelt sich immer noch um Pilotanlagen, die in den Labors von Hochschulen gebaut werden – eine an der Bundesuniversität von Santa Catarina (UFSC) und die andere an der Bundesuniversität von Rio de Janeiro (UFRJ). Im September war die Bundesuniversität von Itajuba (Unifei) in Minas Gerais an der Reihe, ihr kleines Werk einzuweihen. Neben der Entwicklung des Kraftstoffs, der eine der wichtigsten Wetten der Welt zur Reduzierung der Kohlekraftstoffemissionen ist, erhalten die Projekte Mittel aus dem europäischen Land.

## Aus einem Interview mit Helmut Tündermann, von der Organisation „mele“

Die mele-Gruppe mit Sitz im mecklenburgischen Torgelow gibt es seit 1990. Das Unternehmen mit rund 500 Beschäftigten plant, realisiert und betreut vornehmlich in Norddeutschland aber auch weltweit Projekte aus vielen Bereichen – von der gesamten Gebäude- und Energietechnik über den Anlagenbau und dem Know-how für erneuerbare Energien bis hin zu vielfältigen Services der Immobilienwirtschaft. Seit 2015 engagiert sich mele in Brasilien.

„Der brasilianische Bundesstaat Paraná ist ein Kerngebiet der brasilianischen Fleisch- und Gülleproduktion. Allein um die Stadt Toledo im westlichen Paraná produzieren mehr als 2.500 landwirtschaftliche Betriebe Masttiere. Die dort entstehende Gülle und andere Verarbeitungsrückstände sind ein Umweltproblem: Sie werden häufig nicht nachhaltig entsorgt, sondern

landen in den Lagunen. Die Dimensionen sind riesig: 7,2 Millionen Kubikmeter Schweinegülle, Mein Fazit: Wenn wir in Deutschland Wasserstoff langfristig als Grundstoff in der Energieerzeugung nutzen wollen, dann müssen wir jetzt investieren und Brasilien mit Projekten zu unserem zukünftigen Partner machen“.



**Aus einem Interview mit Ansgar Pinkowski, Mitarbeiter bei der Deutsch-Brasilianischen Handelskammer in Rio de Janeiro:** Einige Fachleute rechnen damit, dass schon 2025 der erste grüne Wasserstoff von Brasilien nach Deutschland geliefert wird. Halten sie das für Realistisch?

„Es ist schwierig, Zeiträume zu nennen. Bis 2030 wird Brasilien auf jeden Fall eine starke Rolle im Export von grünem Wasserstoff haben. Bis spätestens 2040 wird auch der interne Markt sehr stark gewachsen sein. In Brasilien spricht man derzeit von einer Reindustrialisierung, also einer Neuausrichtung der brasilianischen Industrie, um grüne, nachhaltige Produkte auf der Basis von grünem Wasserstoff herzustellen und so die Wertschöpfungskette zu vertiefen. Ich gehe davon aus, dass sich im Nordosten eine exportorientierte Industrie entwickeln wird, die den grünen Wasserstoff aus Wind- und Solarenergie erzeugt. Das bietet sich an, weil beispielsweise der Transport nach Rotterdam nur neun Schiffstage braucht. Auch die USA sind nicht weit entfernt.“

# 40 Jahre Landlosenbewegung MST

Texte aus einem Brief, den die Landlosenbewegung zum 40jährigen Bestehen veröffentlicht hat



## MST 1984 - 2024

### Kampf! Eine Agrarreform des Volkes aufbauen!

Wir versammeln uns hier, um zu feiern. Wir sind 4.350 000 angesiedelte Familien und mehr als 65 000 kampierende Familien. Wir haben Hunderte von Kooperativen, Agrarbetrieben und Landschulen auf die Beine gestellt.

Wir bekräftigen unsere Verbundenheit mit dem brasilianischen Volk und für den Aufbau der Basisagrarreform. Mehr noch als die Demokratisierung von Land muss die Agrarreform vor allem gesunde Nahrungsmittel für uns alle produzieren.



Wir setzen uns ein gegen die Klimakrise. Wir verpflichten uns, die Gemeingüter der Natur zu bewahren und halten an dem Ziel fest, 100 Millionen Bäume zu pflanzen und wir fordern, dass sich die Regierungen zu einer Politik der Nullabholzung und zu einer Politik der massiven Wiederaufforstung verpflichten.

Wir werden solange kämpfen, bis die Übel der Latifundien aus unserer Gesellschaft verschwunden sind und mit ihnen alle Unterdrückung, das Elend, die Umweltzerstörung und der Hunger.

